

lands auch das letzte dünne Bindeglied des innerdeutschen Handels zerstört. Es ist klar, daß dann der innerdeutsche Handel, der für beide deutsche Staaten von großem Vorteil ist, zum Erliegen kommen und an seine Stelle ein Außenhandel mit allen Konsequenzen treten muß. Das führt ohne Zweifel zu einer weiteren Lockerung der Verbindungen zwischen Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik und dürfte damit die Wiedervereinigung Deutschlands auf lange Zeit verhindern.

Mithin führen die Pläne für den „Gemeinsamen Markt“ zu einer Vertiefung der Spaltung Deutschlands und Europas, weil sie einer Wiedervereinigung Deutschlands neue Hindernisse in den Weg legen und die Bildung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems und die Entwicklung des Ost-West-Handels erschweren. Damit bezwecken diese Pläne nicht -eine Minderung, sondern eine Verschärfung der internationalen Spannungen und beschwören ernste Gefahren für Frieden und Sicherheit in Europa herauf.

IV.

Die weitgesteckte Zielsetzung der Projekte des „Gemeinsamen Marktes“ und des EURATOM liefert übrigens auch den Schlüssel zum Verständnis für jenes erhöhte Interesse, das die herrschenden Kreise der USA diesen Plänen entgegenbringen. Die USA unterstützen diese Projekte vor allem als eine wirtschaftliche Fundierung der aggressiven NATO-Politik, ökonomische Maßnahmen anderer kapitalistischer Staaten werden heute von den kriegslüsternden Gruppen in den USA in erster Linie vom Gesichtspunkt militär-strategischer Interessen aus gesehen. Ein „Gemeinsamer Markt“ wird Westdeutschland, die Hauptstütze der USA in Europa, weiter stärken helfen und seine Vormachtstellung in Westeuropa ausbauen. Das sichert in Westeuropa eine starke Blockbildung gegen die sozialistischen Staaten und festigt die Statthalterschaft des Bonner Staates im Auftrag und im Interesse der USA.

Darüber hinaus gibt es jedoch auch ein starkes wirtschaftliches Interesse der Wallstreet an diesem Projekt. Es handelt

sich darum, daß etwa 1,2 Milliarden Dollar amerikanische Kapitalinvestitionen in zahlreichen Betrieben (u. a. der Autoindustrie, der Elektrotechnik, des Maschinenbaus und der Erdölverarbeitung) der sechs Marktländer angelegt sind, so daß diese Unternehmen aus der Senkung der Zölle und der Beseitigung der Zollschranken im Handel zwischen den Ländern Westeuropas große Vorteile ziehen würden. So werden bei Verwirklichung der Projekte des „Gemeinsamen Marktes“ Erzeugnisse dieser amerikanischen Unternehmen (beispielsweise Opel in Westdeutschland) nicht nur nach Frankreich, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg zollfrei ausgeführt, sondern auch nach allen dem „Gemeinsamen Markt“ ange-schlossenen Kolonien.

Zu diesen Vorteilen kommt noch hinzu, daß insbesondere in Frankreich und Italien eine günstige Situation für eine weitere Erhöhung der amerikanischen Kapitalinvestitionen durch die Bildung des „Gemeinsamen Marktes“ geschaffen wird und mit der Gründung von EURATOM ein neuer zusätzlicher Markt für die amerikanischen Monopole in Westeuropa entsteht; denn die USA sind der größte Uranproduzent der kapitalistischen Welt und somit auch Hauptversorger von Atomrohstoffen für die Länder des EURATOM. Wenn man dann noch in Betracht zieht, daß die wichtigsten amerikanischen Exportgüter in die sechs Länder des „Gemeinsamen Marktes“ solche landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Baumwolle und Tabak sind sowie Kohle, Stahl, Kupfer und Waffen — also alles Güter, mit denen sich diese Staaten nicht selbst voll versorgen können, sondern auch in Zukunft auf amerikanische Importe angewiesen sind —, so weiß man das besondere Interesse der USA am „Gemeinsamen Markt“ wohl zu schätzen und müßte naiv sein, wenn man glaubt, daß den USA dann ein allmächtiger Konkurrent entgegenzutreten würde. Genau das Gegenteil ist richtig: Der „Gemeinsame Markt“ ist ein Projekt, das voll und ganz den Bestrebungen der herrschenden Kreise der USA entspricht.

Die Pläne zur Bildung eines sogenannten „Gemeinsamen Marktes“ und einer „Atomgemeinschaft“ in Westeuropa sind